




Schluss mit Lohndumping-Werkverträgen

Schluss mit Lohndumping-Werkverträgen
"DIE LINKE fordert schärfere Kontrollen und Equal Pay bei Werkverträgen. Es kann nicht sein, dass Aufgaben aus dem Betrieb ausgegliedert werden, bisher fest angestellte Mitarbeiter nur noch einen Werkvertrag erhalten und dadurch deutlich weniger verdienen als zuvor. Die Bundesregierung muss der Lohndumping-Mafia in Deutschland endlich das Handwerk legen", erklärt Jutta Krellmann, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Arbeit und Mitbestimmung, anlässlich der Veröffentlichung der Broschüre "Wenig Rechte. Wenig Lohn. Wie Unternehmen Werkverträge (aus)nutzen" durch die Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG). Krellmann weiter: "Die NGG-Broschüre liefert zahlreiche Beispiele dafür, wie mit Werkvertrag Lohndumping betrieben wird - nahezu unkontrolliert und ganz und gar legal. Selbstverständlich bieten auch Leiharbeitsfirmen ihre Dienstleistungen inzwischen per Werkvertrag an. Es ist skandalös, dass die Bundesregierung dieser Entwicklung tatenlos zusieht."
DIE LINKE hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den der Missbrauch von Werkverträgen eingedämmt werden kann. Schärfere Abgrenzungskriterien, systematische Erfassung und Kontrolle von Werkverträgen, gleicher Lohn bei der Ausgliederung von Aufgaben und ein Vetorecht des Betriebsrats als zusätzliche Hürde können Lohndumping durch Werkverträge effektiv verhindern."
F.d.R. Christian Posselt
Die Linke. im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 22 75 11 70
Telefax: 030 22776248
Mail: fraktion@linksfraktion.de
URL: <http://www.pds-im-bundestag.de> 

Pressekontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

[pds-im-bundestag.de](http://www.pds-im-bundestag.de)
fraktion@linksfraktion.de

Firmenkontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

[pds-im-bundestag.de](http://www.pds-im-bundestag.de)
fraktion@linksfraktion.de

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die Linkspartei-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 54 Abgeordneten zusammen. Sie trägt den Namen DIE LINKE..